

nung von 20 000 bis 25 000 Arbeitsplätzen in Kauf nehmen. Ich bitte Sie also, hier Nein zu stimmen.

Strahm Rudolf (S, BE): Ich möchte nur eine Erklärung abgeben und nicht mehr ins Detail gehen: Wir haben jetzt dieses Entlastungsprogramm im Umfang von 2,3 Milliarden Franken verabschiedet. Ich möchte es nicht mehr im Einzelnen würdigen, aber ich halte einfach fest, dass es mindestens bei der Hälfte dieses Programms nicht um echte Einsparungen geht, sondern um Überwälzungen auf die Kantone, auf die Städte, die Gemeinden und um Erstreckungen. In dem Sinne ist dieses Entlastungsprogramm eine Mogelpackung; es bringt wenig echte Einsparungen. Ein Teil dieses Programms sind nur Aufschübe von Investitionen auf die Zukunft. Es werden, konjunkturpolitisch im falschen Zeitpunkt einfach Bauten zeitlich erstreckt. Aber Sie müssen nicht meinen, Sie hätten hier eine Glanzleistung vollbracht. Die SP-Fraktion wird dieses Programm ablehnen.

Loepfe Arthur (C, AI): Wir stimmen dem Ergebnis des Entlastungsprogramms grundsätzlich zu. Wir finden, es sei eine gute Lösung und eine gute Leistung des Parlamentes. Mit dem Entlastungsprogramm hat das Parlament den Willen, den das Volk im Zusammenhang mit der Schuldenbremse klar geäußert hat, respektiert. Ich bitte Sie, das Entlastungsprogramm, das mit dieser Lösung nach der Einigungskonferenz das Ziel erreicht hat, zu unterstützen.

Präsident (Binder Max, Präsident): Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag der Einigungskonferenz.

Bührer Gerold (R, SH): Die FDP-Fraktion empfiehlt Ihnen, diesem Entlastungsprogramm, wie es jetzt aus der Einigungskonferenz hervorgegangen ist, zuzustimmen. Ich glaube, wir dürfen stolz darauf sein, dass wir in einer Rekordzeit – ich erinnere daran: die Arbeiten haben erst in der Sommerpause begonnen – dieses Entlastungspaket durchberaten konnten. Dieses Entlastungspaket ist alles andere als konjunkturfeindlich. Im Gegenteil, es ist ein Zeichen des Vertrauens für den Wirtschaftsstandort Schweiz, und es ist auch ein Zeichen dafür, dass dieses Parlament den Willen von Volk und Ständen ernst nimmt. Deswegen gibt es nach unserer Meinung keine Alternative zu diesem Entlastungsprogramm.

Villiger Kaspar, Bundesrat: Ich will es sehr kurz machen. Nochmals zum Grundsätzlichen: Ich glaube, es ist nicht einfach blinde Sparwut, wenn wir hier versuchen, die Bundesausgaben in den Griff zu bekommen, sondern es ist für den langfristigen Wohlstand dieses Landes ganz entscheidend. Es ist entscheidend, dass wir in dieser Zeit in Bezug auf die steuerliche Konkurrenzfähigkeit bei den Besten sind. Das können wir nur ohne explodierende Verschuldung, nur wenn wir die Ausgaben im Griff haben. In diesem Sinne wäre es völlig unverantwortbar, die Ausgaben nun einfach so weiterlaufen zu lassen, auch im Hinblick auf die nächsten Generationen, die – das habe ich hier auch schon gesagt – für den Sozialstaat ohnehin mehr werden bezahlen müssen. Ich möchte Ihnen nochmals dafür danken, dass Sie im Wahljahr bereit waren, diese schwierigen Entscheide zu fällen. Ich glaube, das war eine beachtliche Leistung.

Noch zwei Punkte zu den gefallen Voten:

1. Ich möchte Herrn Strahm sagen, dass wir alles getan haben, damit wir eben möglichst wenig auf die Kantone abwälzen. Die Kantone brauchen etwa 30 Prozent der Mittel, die vom Bund in den Transfer gehen. Sie werden direkt oder indirekt immer etwas betroffen sein, aber es gab noch nie ein Entlastungsprogramm, das die Kantone so wenig getroffen hat.

2. Konjunkturpolitisch betrachtet liegt es absolut richtig. Es wirkt sich im nächsten Jahr, in dem wir schon Wachstum haben werden, nicht sehr intensiv aus. Es ist richtig, eine leicht restriktive Fiskalpolitik im Aufschwung zu machen; und alle

Zeichen deuten nun in diese Richtung. Es ist ausserordentlich wichtig, dass diesem Paket jetzt zugestimmt wird. Ich befürchte, dass sonst die Verschuldung unbegrenzt weiter explodiert. Das wäre schlicht nicht zu verantworten, auch – so meine ich – aus der Sicht der Arbeitnehmenden. Ich möchte dazu noch etwas sagen: Herr Strahm hat auf Arbeitsplätze hingewiesen, die verloren gehen. Eine ökonomische Studie hat Folgendes nachgewiesen: Wenn wir, statt zu sparen, eine Steuererhöhung machen würden, dann gingen etwa 50 Prozent mehr Arbeitsplätze verloren.

Ich glaube, die Bilanz ist ganz eindeutig.

Ich ersuche Sie, dem Vermittlungsvorschlag nun zuzustimmen und dieses Paket in der Schlussabstimmung zu genehmigen.

Steiner Rudolf (R, SO), für die Kommission: Erlauben Sie mir, noch auf zwei Punkte hinzuweisen:

1. Bezüglich Überwälzung auf Kantone und Gemeinden haben die Berechnungen der Eidgenössischen Finanzverwaltung ergeben, dass eine Belastung der Kantone in der Grössenordnung von plus/minus 100 Millionen Franken zu verzeichnen sein wird. Bei einem Entlastungsprogramm von 3 Milliarden Franken sind diese 100 Millionen Franken zulasten der Kantone meines Erachtens zu verantworten. Das ist kein Grund, dieses Entlastungspaket abzulehnen.

2. Ich mache Sie ausdrücklich darauf aufmerksam, dass wir hier im Rat noch das Budget 2004 zu verabschieden haben. Dieses Entlastungsprogramm ist zum grössten Teil in unseren bisherigen Beschlüssen für den Voranschlag 2004 bereits enthalten. Wenn Sie den Voranschlag 2004 so verabschieden wollen, der bereits ein Defizit von 3,5 Milliarden Franken ausweist und Ende 2004 zu Schulden von 128 Milliarden Franken führen wird, müssen Sie diesem Entlastungsprogramm zwingend zustimmen. Andernfalls fällt der Voranschlag ins Wasser, und wir werden erheblich höhere Defizite und Schuldenberge zu verantworten haben.

Im Namen der Mehrheit der Kommission bitte ich Sie nochmals eindringlich, diesem Entlastungsprogramm zuzustimmen, so, wie es von der Einigungskonferenz nun verabschiedet wurde.

1. Bundesgesetz über das Entlastungsprogramm 2003

1. Loi fédérale sur le programme d'allègement budgétaire 2003

Ziff. 7 Art. 4a Abs. 1 Ziff. 8

Antrag der Einigungskonferenz

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 7 art. 4a al. 1 ch. 8

Proposition de la Conférence de conciliation

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Ziff. 7 Art. 4a Abs. 1 Ziff. 16, 32

Antrag der Einigungskonferenz

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. 7 art. 4a al. 1 ch. 16, 32

Proposition de la Conférence de conciliation

Adhérer à la décision du Conseil national

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Einigungskonferenz 103 Stimmen

Dagegen 57 Stimmen

6. Bundesgesetz über das Parlamentsressourcengesetz

6. Loi fédérale sur la loi sur les moyens alloués aux parlementaires

Titel, Ziff. 1a

Antrag der Einigungskonferenz

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates